

Danziger Zeitung.



Beitung.

Nr. 19158.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwigerstrasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslands angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk. — Inserate kosten für die sieben gespaltene gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

Das neue Volksschulgesetz.

Ein merkwürdiges nicht nur, auch ein erfreuliches Zeichen ist es, daß selbst in dieser Zeit der politischen Windstille die Erörterung über das für die nächste Session des Landtags in Aussicht gestellte Volksschulgesetz fortbaut. Zwischen dem leichten Entwurf und dem neuen liegt der Rücktritt des Herrn v. Gohler und die Ernennung des Grafen v. Leditz-Trübschler zum Nachfolger desselben. Der Sturz des Herrn v. Gohler war der letzte Erfolg des Dr. Windthorst und Graf Leditz, der Nachfolger desselben, war der Kandidat des Abg. Windthorst. Das genügt, um die Befürchtungen als gerechtfertigt erscheinen zu lassen, welche sich an das neue Volksschulgesetz knüpfen. Ueberdies hat Graf Leditz im Abgeordnetenhaus erklärt, er sei wenigstens in einem wichtigen Punkte mit dem Entwurf seines Vorgängers nicht einverstanden. Zu errathen, welcher Punkt das ist, hat Graf Leditz dem Schriftsteller seiner Zuhörer überlassen.

Da ist es kein Wunder, wenn die Befürchtung laut wird, daß der Leditz'sche Entwurf den Anforderungen des Centrums entgegenkommen, d. h. die Mitherrschaft der Kirche in der Volksschule zugestehen will. Vertrauensselige Gemüther berufen sich allerdings darauf, daß Graf Leditz bei der Beratung des Sperrgeldgesetzes im Herrenhause gegen die Unterstellung, als ob er der Mann sei, die Volksschule an die Kirche auszuliefern, mit großer Entschiedenheit protestirt hat. So lange er an der Spitze des Cultusministeriums stehe, erklärte der Minister, könne man ganz sicher sein, daß nicht die Rechte des Staates einer Partei, oder irgend einem Prinzip, oder irgend einem Menschen ausgeantwortet würden.

Diese Erklärung würde mehr Eindruck gemacht haben, wenn Graf Leditz sich darüber, was er unter Rechten des Staates versteht, etwas weniger allgemein geäußert hätte. Nun liegt die Sache so: entweder geht der Leditz'sche Entwurf in den Zugeständnissen an die Kirche über die Vorschläge seines Vorgängers hinaus — dann ist das Recht des Staates auf oberste Leitung und Beaufsichtigung des Volksschulwesens preisgegeben — oder es geschieht das nicht, dann wird der neue Entwurf ebenso wohl wie der vorige auf den geschlossenen Widerstand des Centrums und der Verbündeten desselben im conservativen Lager stoßen. Die „Germania“ schreibt heute:

„Sollte es aus Protestantenten bestehende Mehrheit der katholischen Minderheit ein Schulgebet aufzwingen, so würde diese sich niemals dabei beruhigen, immerfort weiterkämpfen und je nach dem Ausfall des Einzelnen sogar zu demselben zässiven Widerstand schreiten müssen, pflichtgemäß wie bei den Maien.“

Wir würden von derartigen Drohungen mit Befriedigung Kenntniß nehmen, wenn wir ganz sicher wären, daß dieselben an der Stelle, an welche sie gerichtet sind, verdientermaßen aufgenommen würden. Aber leider können wir das nicht. Selbst von denen, die den Anmachungen des Centrums entgegentreten müßten, wird immer wieder darauf hingewiesen, daß diese Partei, die im Abgeordnetenhaus unschwer majorisiert werden kann, im Reichstage eine ausschlaggebende Stellung einnehme; was doch nur heißen kann, daß die Regierung im Abgeordnetenhaus dem Centrum zu Willen sein müsse, damit sie im Reichstage auf die Unterstützung desselben zählen könne. Ein anderes Mal wird die Mitherrschaft der katholischen Kirche bei der Bekämpfung der Socialdemokratie in einem Ton erörtert, als ob für die Phrase von dem Bunde zwischen Thron und Altar der Boden in gleicher Weise vorbereitet sei, wie in den schlimmsten Zeiten der preußischen Reaction der 50er Jahre. Und wieder ein anderes Mal wird ähnlich der durch eine „Unschuld vom Lande“ verübten Adlerschen Mordthat die Parole „Erziehung, nicht

Bildung“ ausgegeben — als ob nicht die ganze socialdemokratische Bewegung den Beweis dafür geliefert hätte, daß der Sinn der religiösen Erziehung, mit dem in der Volksschule durch das Auswendiglernen von Bibelversen und Aatechismusfächern operirt wird, nicht einmal der zerstörenden Wirkung des socialdemokratischen Halbwissens Stich hält.

Alle diese Wahrnehmungen sind in der That nicht dazu angehtan, das Gefühl des Unbehagens, welches angesichts des neuen Volksschulgesetzentwurfs in den liberalen Kreisen des Volkes immer weiter um sich greift, zurückzudringen. Hoffentlich trägt die Regierung wenigstens bei der Beratung des Leditz'schen Entwurfs im Staatsministerium dieser Grönung Rechnung.

Deutschland.

Berlin, 14. Oktober. Die Arbeiten für das neue Dienstgebäude des Abgeordnetenhauses sollen der „M. J.“ zufolge im nächsten Frühjahr begonnen werden. Man darf keinen zu hohen Ansprüchen an einen Monumentalsbau, etwa im Stile des neuen Reichstagsgebäudes, Raum geben; man wird in der Hauptfassade nur dem praktischen Bedürfnis Rechnung tragen und viele Einrichtungen, welche sich in dem bisherigen Abgeordnetenhaus bewährt haben, auf den Neubau übernehmen. Es ist eine Bauzeit von vier Jahren in Aussicht genommen.

Lübeck, 13. Oktober. Der Senator Mann, Vorsitzender der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft und Senior der großen Getreidefirma Johann Siegmund Mann, ist heute Abend gestorben.

Stuttgart, 13. Oktober. Einer Meldung des „Schwäb. Merkur“ zufolge bewilligte der König das Abschiedsgesuch des Oberstallmeisters Grafen v. Taubenheim und statete denselben einen Besuch ab. Graf Taubenheim, welcher seit 1826 sich im Hofdienst befindet, ist durch seine mit Hockländer unternommene Orientreise bekannt.

Frankreich.

Paris, 13. Oktober. In der Budgetcommission besprach heute der Minister für öffentliche Arbeiten, Yves Guipot, die Verluste, die sich aus der Herabsetzung der Schnellzugtarife ergeben. Der Minister erklärte, es sei unmöglich, neuerdings Verhandlungen mit den Eisenbahngesellschaften zu beginnen, wenn man wolle, daß die Reform noch in diesem Jahre zu Ende geführt werde. Die Commission nahm den Betrag von 38 Mill., auf welchen die Regierung den Verlust des Staatschates beziffert, an, sprach sich jedoch zu Gunsten neuer Tarifherabsetzungen für Nahrungsmittel aus, für die die vorgeschlagene Herabsetzung im Mittel 17 Proc. beträgt. (W. L.)

England.

London, 13. Oktbr. Das Reutersche Bureau erfährt, in der am 8. d. Ms. von dem englischen Botschafter White überreichten Antwort seiner Regierung auf die französische Note betreffs der Durchfahrt in den Dardanellen habe Lord Salisbury erklärt, daß jedes der einen oder anderen Macht eingeräumte Privilegium ebenfalls für England erworben sein würde.

Italien.

Monza, 13. Oktober. Als bald nach Eintreffen des Ministerpräsidenten di Rudini, des russischen Ministers des Auswärtigen v. Giers und des russischen Botschafter v. Blangall im königlichen Schloß empfing der König Herrn v. Giers und unterhielt sich mit ihm längere Zeit. An dem darauf folgenden Dejeuner bei den Majestäten nahmen die Herzöge von Asti und der Abruzzi, der Herzog und die Herzogin von Genua, die Minister v. Giers und Rudini, der Botschafter v. Blangall sowie das königliche Gefolge Theil. di Rudini, v. Giers und v. Blangall begaben sich um 1½ Uhr Nachmittags nach Mailand zurück.

dem sanften Schwanken des dahingleitenden Schlittens fast in meinen Armen. Ich meinte, Ihre Herzschläge fühlen zu können. Ich hütete mich sorgsam selbst vor dem Verdacht der Aufdringlichkeit; wie immer hielt mich die Zurückhaltung zu erreichen, gebannt. Sie wußte wohl selbst nicht, wie nahe sie mir war. Einmal verwickelte sich mein Sporn in Ihren Röcken. Ich beugte mich mit der nicht behandschuhten Hand, ihn loszumachen. Sie hatte selbst den Handschuh ausgezogen, eine widerspenstige Locke, die aus dem Schleier entweichen wollte, an ihre Stelle zu bringen. Ich reichte ihr ihren Duff, der ihr bei der Bewegung entglitten war. Unsre Finger berührten sich und nestelten sich einen Moment zusammen. Ist es möglich, daß der Stoß, der mein Herz traf, nicht zurückwirkt? Was ich fühlte, gab keine Erwideration sond? Ich weiß es nicht; ich weiß nur, sie nahm mich zweimal in der troica an Ihre Seite. Nur einmal in dieser gesegneten Nacht fiel ein Schatten zwischen uns. Als ich auf ihr liebliches, in dem hohen Pelzkragen eingerahmtes, dem meinen so nahes Gesicht niederblickte, fragte sie mich, mit wem ich auf dem bevorstehenden Ball tanzen würde.

„Mit Mademoiselle Taillefère“, erwiderte ich, „die ich lange, bevor ich Sie kannte, zum Cotillon engagierte.“

„Ah“, sagte sie, „ich habe sie nicht gesehen. Ist sie ... sehr hübsch?“

„Sie interessiert mich nicht sonderlich“, antwortete ich.

„Weshalb wählen Sie sie denn? fuhr sie mit kindischer Hartnäckigkeit fort.“

„Ich weiß nicht“, erwiderte ich sorglos, „vermutlich weil sie eine schöne Figur hat.“

Es war ein dummes Wort. Mein Blut war

Der Ministerpräsident kehrt heute Abend in Begleitung des italienischen Botschafters in Wien, Grafen Nigra, und des Unterstaatssekretärs im Ministerium des Auswärtigen, Grafen d'Arco, hierher zurück, um im königlichen Schloß das Diner einzunehmen. (W. L.)

Mailand, 13. Oktober. Der russische Minister des Außenwesens, v. Giers, ist heute Nachmittag 4½ Uhr von hier nach Palmano abgereist. Der Ministerpräsident di Rudini begleitete denselben zum Bahnhofe. Der russische Botschafter v. Blangall ist nach Como abgereist. (W. L.)

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Berlin, 14. Oktober. Das Kaiserpaar gedenkt der Einweihung des Mausoleums in der Friedenskirche zu Potsdam am 18. Oktober beiwohnen.

— Zur Abstellung der Ungleichheiten in den Stats der Officiercorps in den einzelnen Regimentern ordnet der Kaiser zahlreiche Verabschiedungen von Secondlieutenants an.

Berlin, 14. Oktober. In Sachen des Friedenscongresses meldet Hirsch's Tel. Bur., daß Bonghi seinen Austritt aus dem Ausschuß des Congresses erklärt habe. Anderweitig ist diese Mittheilung bis jetzt nicht bestätigt.

— Auf die nochmalige Einladung des Marquis Pandolfi hat der Abgeordnete Samhammer eine Antwort geschickt, welche das „Berl. Tagebl.“ veröffentlicht. In derselben heißt es: „Für mich war die Einladung nicht nötig, denn diejenigen Friedensgesinnungen und Bestrebungen, welche mir im Herzen wuzeln, können durch nichts, am wenigsten aber durch die Kritik eines Einzelnen aus demselben gerissen werden, und gerne benutze ich die Gelegenheit, um denselben in Rom auch äußerlichen Ausdruck zu verleihen. Dessen bin ich aber auch außerdem sicher, daß auf dem Congresse die Vertreter sämtlicher Nationen in dem Bewußtsein einig sind, nur die Sache des Friedens zu fördern, und damit sind von selbst alle Versuche ausgeschlossen, welche diesen Zweck vereiteln könnten. Aber selbst den nicht leicht denkbaren Fall angenommen, es sollte gewagt werden, die Verhandlungen entgegen dem Geiste der Gesamtheit durch nicht zur Sache gehörige Anträge oder Worte zu stören, so ist wohl jeder einzelne stark genug, sich mit denjenigen Energie dagegen zu vertheidigen, welche das hohe Ziel und der Mut des Mannes von selbst ergeben.“

— Die Börsenältesten hatten dem Handelsminister angezeigt, die ständige Deputation der Productenbörse habe empfohlen, wegen der geringen Qualität des diesjährigen inländischen Roggens und Weizens das Mindestgewicht bei Lieferungsetreide herabzusetzen. Ähnlich haben auch die Vorsteher der Kaufmannschaft zu Stettin berichtet. Der Minister ersuchte beide Körperschaften, vor der endgültigen Beschlusssfassung die ministerielle Entscheidung abzuwarten, da wegen der großen Tragweite des Beschlusses es sich empfehle, die Sache einhellig für alle preußischen Börsenplätze zu regeln.

— Nachdem die Doreinschätzungsbezirke gebildet worden sind, haben inzwischen auch bereits die Wahlen für die Einkommensteuer-Veranlagungs-Commission stattgefunden. Nunmehr wird, und

in meinem Gehirn; ich wußte nicht, was ich sagte. Ich bemerkte, daß sie sich ein wenig zurückzog und sich wenigstens zwanzig Minuten lang Berg widmete, der ihr zur Rechten saß. Ich bin von Natur nicht eitel und zerbrach mir den Kopf, herauszubringen, weshalb sie gegen mich so schweigsam geworden war. Erst nachher, nach langer Überzeugung fiel mir ein, es hätte ihr vielleicht, was ich gefragt, missfallen. Ich verwünschte Mademoiselle Taillefère, meine schwerfällige Fassungs-krast und die Plumpheit meiner Bemerkung, die mich um einen Moment kostbare Stunden gebracht hatte. Aber wäre es, daß die Worte sie wirklich verletzt hätten, — wäre es, wäre es — welches Glück, welche Wonne!

Während sie sich zu Berg bog, blickte ich sie an, und ich begrüßte völlig, wie ein Mann, um von ihr gefeiert zu werden, dieses stolze, zarte Geschöpf mit dem Feuer der Leidenschaft zu durchglühen, alles opfern könnte, und Pflicht, Leben, die Ehre selbst, in alle vier Winde werfen. Ja, ich, der ich so lange nur meinem Ehrgeiz gelebt habe, fühlte, daß, dürfte sie dafür eine Stunde nur bestrafen, ich meine Carrière, meine Hoffnungen, alles, alles preisgeben würde.

Nachdem sich unsere Hände berührt, wandte das geliebte Weib sich wieder zu mir, aber es war doch eine kleine Veränderung in ihrer Haltung, und ihr Benehmen, das ein und das andere Mal eine süße Coquetterie verrathen, hatte einen Anflug von vornehmer Stolz bekommen. Es verlangte mich schmäler, ihr zu sagen, wie ich sie liebte, aber etwas hielt mich zurück und lärmte mir die Zunge, und ich meinte, sie war mir schweigend für meine Zurückhaltung dankbar. Jedenfalls werde ich die erste Gelegenheit wahrnehmen, ihr zu erklären, wie sehr ich Mademoiselle Taillefère verabscheue, die

ar voraussichtlich in der ersten Hälfte des November, die gemäß § 21 des Einkommensteuergesetzes erforderliche Personenstandsauflnahme erfolgen.

— Die „Post“ hält nach Mittheilungen wohlunterrichteter Kreise eine Reise des Königs von Rumänien nach Berlin für sicher bevorstehend, doch seien bindende Abmachungen noch nicht getroffen.

— Dem Vernehmen nach wird der Landtag zum 17. November einberufen.

Berlin, 14. Oktbr. Bei der heute Nachmittag beendigtenziehung der 3. Klasse der 185. kgl. preußischen Alaffen-Lotterie fielen:

1 Gewinn von 60 000 Mk. auf Nr. 22 246.
1 Gewinn von 45 000 Mk. auf Nr. 29 011.
1 Gewinn von 3000 Mk. auf Nr. 142 036.
3 Gewinne von 1500 Mk. auf Nr. 60 084
66 058 79 616.
10 Gewinne von 500 Mk. auf Nr. 29 656
69 941 27 038 71 811 104 074 122 908 134 092
136 205 116 743 155 023.

Allenstein, 14. Okt. Beim Brand eines Instituts in Michelshagen fanden drei Kinder des Arbeiters Lindenblatt ihren Tod in den Flammen.

Stargard i. Pom., 14. Okt. Der aus Leobschütz flüchtige Bankvorsteher Michaelis ist in Rügenwalde verhaftet.

Hamburg, 14. Oktober. Der Major Cliever vom großen Generalstab, der gegenwärtig dem Generalstab zu Altona beigegeben ist, ist auf einer Dienstreise als Linien-Commissar gestern Nachmittag nahe dem Bahnhof Wilhelmsburg beim Überschreiten der Gleise vom Zuge erfaßt worden. Ein Arm wurde ihm abgerissen, auch am Kopf hat er schwere Verletzungen erlitten; sein Zustand ist hoffnungslos.

Karlsruhe, 14. Oktbr. Der frühere Staatsminister Tolly ist heute Mittag am Schlagfluss gestorben.

Dresden, 14. Okt. In der gestrigen Landtagswahl sind 12 Conservative, 6 Nationalliberale, 4 Fortschrittsleute und 7 Socialisten gewählt. Eine Glückwahl ist erforderlich. Der Fortschritt verlor vier, die Nationalliberalen gewannen einen, die Socialisten drei Sitze, die Conservativen behaupteten ihre Sitz.

Düsseldorf, 14. Okt. Der Besitzer einer Porzellanfabrik in Oberkassel, Herrmann, ist wegen Brandstiftung zu 8 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden.

Bochum, 14. Oktober. Der Geschäftsbericht des Bochumer Vereins führt bezüglich des Savona - Unternehmens an, daß von dem diesjährigen Bruttoertrag eine Million und von den drei Millionen des alten Reservefonds zwei Millionen vermendet werden sollen. Daneben soll die dritte Million zur Bildung eines Specialreservesfonds umgeschrieben werden. Auf die gegenwärtigen Verhältnisse in Savona einzugehen, verbieten gewisse, derzeit schwedende Verhandlungen. Bei dem Sevilaunternehmen seien 100 000 Mk. abgeschrieben, so daß der Wert nur noch mit 412 245 Mk. in der Bilanz aufgeführt werde. Der noch verbleibende Reingewinn von 1557 174 Mk. gestattet die Vertheilung von 6½ Proc. Dividende. Was den früheren Beschluß, die Ausgabe von noch 500 000 Actien anbelangt, so ist bislang ein Bedürfnis nicht eingetreten, auch angesichts der

grausam banal und sogar schlecht gewachsen ist. So erscheint sie mir neben meiner Göttin.

1. Februar.

Mein Rausch verflüchtigt sich. Heute Nacht sehe ich in die Zukunft. Was birgt sie in ihrem Schoß? Sein Leben zu verbringen an der Seite eines solchen Wesens, ihrem jarten Takte die Behandlung aller gesellschaftlichen Wirken zu überlassen; zu schlafen, zu machen und immer sich selbst so sicher zu wissen; Zeit zu haben für ernsthafte Arbeit, während sie über mir wacht, ihre Stimme, ihr Schritt, ihr Sang in meinen Ohren, — Welch' ein Himmel! Und doch sagt mir etwas: „Sie ist nicht für dich!“ Ich weiß, daß ich sie liebe; ich könnte sonst nicht so tief unglücklich sein. Du wissen, daß sie in Petersburg ist, mir so nahe, und daß ich doch nicht allein bei ihr sein kann, ihr nicht zu führen fallen, sie in meinen Armen halten kann — welche Qual!

Ich werde sie heute Nacht bei den Odolässkys sehen und sie aus der Ferne anbeten; sie „offiziell“ sehen: umgeben von anderen jüngeren, schöneren Männern, diesen glänzenden jungen russischen Offizieren, den vernünftigen Lieblingen der Frauen, soviel besser als ich geeignet, ihre Einbildungskraft zu röhren, zu bezaubern. Wie alt und müde und basané mein Gesicht neben ihrem frischen Aussehen! Die Schlachtfelder haben ihre Spuren zurückgelassen. Hum! Weiber lieben die Jugend. Ah, Daphne, ich bin heute nur noch ein altes, müdes Charge-Pferd, dem man eine Gnade antheilt, wenn man es von seiner Pein erlöst. Gib mir den Todesstoß, Liebste, bevor du mich verläßt — denn du wirst mich verlassen, ich fühle es. Solch' Segen wie meine Liebe ist nicht für mich. Das Leben, der Rauch der Schlachten, das Feuer des Lebens

günstigen finanzielle Lage in dem laufenden Betriebsjahr nicht zu erwarten.

Wiesbaden, 14. Oktober. Bei den Stadtverordnetenwahlen in der ersten und zweiten Abtheilung siegten die vereinigten Nationalliberalen und Conservativen. Dadurch ist die freisinnige Majorität der Stadtvertretung gestürzt.

Wien, 14. Oktbr. Die „Polit. Corresp.“ meldet, daß das gegenwärtig in den dalmatinischen Gewässern übende österreichisch-ungarische Geschwader im Laufe des Oktobers die Kreuzungspunkte des griechischen Archipels besuchen und sich dabei einige Zeit im Hafen Piräus aufhalten werde.

Zara, 14. Oktbr. In Folge heftiger Wolkenbrüche haben in den letzten Tagen auf der Insel Braza große Überschwemmungen stattgefunden, durch welche zwei Personen und zahlreiches Vieh getötet, sowie Häuser, Felder und Straßen zerstört sind. Die Gefahr dauert noch fort. Ähnliche Meldungen liegen aus Lesina und Pacisce vor.

London, 14. Oktober. Nach einer weiteren Petersburger Depesche des „Daily Telegraph“ hat die Polizei in Kiew eine von russischen Emigranten in der Schweiz und in Frankreich geleitete revolutionäre Verbindung entdeckt, welche bezeichnete, die gegenwärtige Hungersnoth als den Vorwand zur Veranlassung einer Volkserhebung und zu politischen Morden zu benutzen. Eine Menge wirklicher und verdächtiger Mitglieder, darunter mehrere Studenten, wurden verhaftet.

London, 14. Oktbr. Der „Daily Telegraph“ berichtet aus Petersburg aus angeblich authentischer Quelle, daß sich unter den russisch-französischen Abmachungen die Anerkennung Pamirs als russische Provinz, sowie die Etablierung der russischen Herrschaft über einen Theil von Abessinien befindet.

London, 14. Oktober. Die „Times“ bespricht die Begegnung von Giers mit Rudini und schreibt, sie könne sich nicht der Ansicht anschließen, daß Giers ernstlich hoffe, Italien vom Dreibund loszutrennen. Das wäre ein Unternehmen, welches wenig Aussicht auf Erfolg biete. Rudini sei ein ebenso starker Anhänger des Dreibundes als Crispi selber.

Der „Standard“ ist ähnlicher Ansicht und schließt seine Betrachtungen wie folgt: „Glücklicher Weise steht der Dreibund ungeschwächt da und muß fortgesetzt die wärmeste Theilnahme Großbritanniens genießen, so lange er ein Friedensbund bleibt.“

Rom, 14. Oktober. Vor dem Strafgericht begann die Verhandlung gegen die wegen der Unruhen am 1. Mai in Rom Verhafteten, unter welchen sich auch Cipriani befindet. 61 Angeklagte gehören dem anarchistischen Vereine an. Es sind 125 Befestigungs-, 200 Entlassungszeugen vorgeladen und es fungieren 35 Vertheidiger.

Rom, 14. Oktober. In Rom ist ein nationales Centralcomité beauftragt Agitation für die Abschaffung der päpstlichen Garantiegesetze in der Bildung begriffen. An die Spitze des Comités, das in allen Städten Italiens Meetings organisiert wird, tritt vermutlich Menotti Garibaldi, vielleicht auch Crispi. Die italienischen Freimaurerlogen haben dem Comité ihre volle Unterstützung zugesagt.

Kopenhagen, 14. Oktober. Die Prinzen Georg und Nicolaus von Griechenland sind heute früh über Gieder nach Berlin abgereist.

Konstantinopel, 14. Oktober. Die Pforte hat die gänzliche Entwaffnung ihrer albanischen Unterthanen beschlossen, um die Blutsfehden zu verhindern. Pascha Abdul Kerim ist mit Durchführung der Entwaffnung betraut worden.

Petersburg, 14. Oktober. Die „Novoje Wremja“ bespricht die Mailänder Begegnung zwischen den Ministern v. Giers und Rudini und meint, der Gegenstand der Unterredungen seien lediglich die Beziehungen Italiens zu Russland gewesen, keineswegs seien sie aber von dem Wunsche eingegeben worden, eine Annäherung Frankreichs an Italien oder Deutschlands an Russland herbeizuführen. Dom Standpunkte Russlands sei es erwünscht, daß Italien von autorisirter Seite erfahre,

haben ihre häflichen Spuren nur zu deutlich an mir zurückgelassen. Deine Liebe wäre wie ein Strom reinen Wassers, die bekleckten Alteider darin zu reinigen; sie würde eine unwürdige Vergangenheit erquicken, verjüngen. Ja! Bin ich dir nahe, kehrt mir die Jugend zurück, die Romantik. Ich werde wieder rein. Ich litterte. Ich könnte weinen. Weshalb hat sie diese Sehnsucht in mir erweckt, sie eng an mein Herz zu schließen, wenn sie niemals erfüllt werden soll? Ich bin von Unrat verzehrt.

Die Frauen sind eifersüchtig auf sie. Heute Nachmittag schwankten sie über sie beim Thee. Diese Weiber, die Liebhaber zu Duhenden gehabt haben, wagten über meinen Liebling zu richten. Odoëffsky, dieses Thier, hatte über sie geschwankt. Er sagte zu ihr: „Ich sah Sie in der Oper, Madame.“

„Ja,“ hatte sie geantwortet; „ich bemerkte es.“

„Ich bin in Verzweiflung, Madame, wenn meine Bewunderung zu ausgesprochen gewesen ist, ich zu beständig zu Ihnen hinsah.“

„O bitte, nehmen Sie es sich nicht zu Herzen,“ hatte ich geantwortet. „Es ist ganz überflüssig. Dennoch gehé ich aus.“

Alle waren empört; die Männer winkten einander zu und zuckten die Achsen. Die Weiber riefen: „Les Américaines sont à un tel point mal élevées! Wahnsichtig! Sie kennen keine Scham! Und in sittlicher Entrüstung verbreiteten sie ihre Augen, bis das Weisse zu Tage kam.

Ein schrille Stimme kam zu ihrer Hilfe.

„Man könne doch nicht wissen! Vielleicht war es übertrieben. Vielleicht hatte sie es nicht gesagt. Hätte sie es, so war es allerdings atroce.“

Ich aber wußte, daß sie es gesagt hatte, weil es ihr Engel, wie sie ist, völlig gleich sah; und eine Fluth leidenschaftlicher Hingabe siegte mir

weshalb Russland mit der Politik Italiens nicht übereinstimme. Russland wünsche freundliche Beziehungen mit Italien zu unterhalten; besonders wichtig sei es, Italien den wahren Charakter der Meerengenfrage darzulegen, welche nach Kenntniß der wahren Sachlage die guten Beziehungen Russlands zu Italien nicht mehr ungünstig beeinflussen würde. Auch sei es für Russland wichtig, die Haltung Italiens in dem Falle der stets möglichen Ereignisse in Bulgarien kennen lernen.

Petersburg, 14. Oktbr. Gestern hat die Jahresversammlung der baltischen griechisch-orthodoxen Bratswo (Bruderschaft) stattgefunden. Der Präsident teilte, wie die Blätter melden, mit, der Kaiser habe sein Interesse für das sympathische Verhalten der Bratswo zum Werke der Verbreitung der russischen Bildung im baltischen Gebiete und seinen Dank ausgedrückt. Der Bestand der Bratswokasse betrug am 1. Januar 1891 18 620 Rubel. Das vergessene Jahr war besonders reich an Spenden für die Bratswo. Der Präsident gab dann einen Überblick über die erfolgreiche Thätigkeit der Bruderschaft bei der Gründung von russischen Schulen in baltischen Gouvernements, bei der Verbreitung der orthodoxen Religion dafelbst. Die Versammlung wählte den Auktor des Dorpater Lehrbezirks, Lawrowski, zu ihrem Ehrenmitgliede.

Shanghai, 14. Oktbr. Der bekannte Sänger Anton Schott ist nicht nur ein hervorragender Sänger, sondern auch ein tüchtiger Fischerzüchter. Vor etwa zwei Jahren, bei Gelegenheit eines Gastspiels in Königsberg, hielt er, nachdem er den neapolitanischen Fischerhelden Majano gelungen, im dortigen Fischerverein einen Vortrag über die auf seiner Besitzung in Süddeutschland betriebene Aufzucht des amerikanischen Schwarzbarsches. Die dabei gegebene Anregung zur Einbürgierung dieses Fisches im Passarge- und Frischflusse hat, wie die „A. S. Z.“ jetzt berichtet, bisher sehr gute Resultate ergeben. Es wurden in diese beiden Gewässer im Herbst 1889 amerikanische Schwarzbarsche in Längen von 9 bis 11 Zoll ausgezogen, welche bei einer vorgenommenen Prüfung in vergangener Woche 2 bis 2½ Fuß lang waren. Der Fisch beweist also in unseren Gewässern dasselbe schnelle Wachsthum wie in den amerikanischen, er ist ferner sehr wohlschmeidend, leicht zu transportieren und geeignet in allen denjenigen fließenden Gewässern und klaren Seen, in welchen Karpfen, Schleie und Karausche gezogen werden können. Der ostpreußische Fischerverein hat mit Unterstützung der königl. Regierung nun die weitere Zucht der Fische beschlossen und es werden im nächsten Frühjahr gegen drei Millionen Exemplare desselben zur Bekämpfung weiterer Flüsse mit weichem klarem Wasser hier eintreffen. Ganz besonders hat man hierbei das Augenmerk auf die majestätischen Seen gerichtet, in welchen die Zucht in Folge ihres vorzüglichen Wassers im ausgezeichneten Umfang betrieben werden soll.

Goldey, 13. Oktbr. Die Mörder des Gutsbesitzers Reiner auf Schönburg sind nunmehr ermittelt. Es sind der Hofmeister und zwei Knechte des Gutes Schönburg, die von Anfang an verdächtig waren.

Selbst wird unter Pappdach erbaut, soll aber bedeutend größer werden als verschiedene Schlachthäuser unserer Nachbarstädte, wo überall über Mangel an Raum geklagt wird. — Den hiesigen Lehrern werden für die Beheizung der Schulklasse jährlich pro Klasse 45 Mark gezahlt. Die Versammlung lehnte eine Erhöhung dieser Heizkosten ab, worauf die Lehrer erklärt, dann auch nicht mehr heizen zu wollen, obgleich sie hierzu bei der Anstellung verpflichtet sind.

In Neumark, 13. Okt. Zu Mitgliedern der Ein-

kommensteuer-Vorantragungs-Commission für den Kreis Löbau wurden auf dem letzten Kreistage gewählt: Für den Großgrundbesitz: Rittergutsbesitzer Walther Grodzicno, Gutsbesitzer v. Uebis-Zschitz, für den Kleingrundbesitz: Gutsbesitzer Abramowski-Gr. Pacoltow und Gutsbesitzer Neumann-Loncorsk, für die Städte: Dr. Rzepnickowski-Löbau und Kaufmann C. Landshut-Neumark. Die bisherigen Mitglieder der Commission zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen wurden wieder gewählt, nur für den Gerichtsbezirk Neumark an Stelle des Dr. v. Suminski der Kaufmann C. Landshut. — Zwei hiesige Beamte, der Rechnungsrath Schwarz und der Steuerinspektor Schall, haben ihre Pensionierung zum 1. November resp. 1. Januar 1892 beantragt.

* Aus Ostpreußen, 13. Okt. Der bekannte Sänger Anton Schott ist nicht nur ein hervorragender Sänger, sondern auch ein tüchtiger Fischerzüchter. Vor etwa zwei Jahren, bei Gelegenheit eines Gastspiels in Königsberg, hielt er, nachdem er den neapolitanischen Fischerhelden Majano gelungen, im dortigen Fischerverein einen Vortrag über die auf seiner Besitzung in Süddeutschland betriebene Aufzucht des amerikanischen Schwarzbarsches. Die dabei gegebene Anregung zur Einbürgierung dieses Fisches im Passarge- und Frischflusse hat, wie die „A. S. Z.“ jetzt berichtet, bisher sehr gute Resultate ergeben. Es wurden in diese beiden Gewässer im Herbst 1889 amerikanische Schwarzbarsche in Längen von 9 bis 11 Zoll ausgezogen, welche bei einer vorgenommenen Prüfung in vergangener Woche 2 bis 2½ Fuß lang waren. Der Fisch beweist also in unseren Gewässern dasselbe schnelle Wachsthum wie in den amerikanischen, er ist ferner sehr wohlschmeidend, leicht zu transportieren und geeignet in allen denjenigen fließenden Gewässern und klaren Seen, in welchen Karpfen, Schleie und Karausche gezogen werden können. Der ostpreußische Fischerverein hat mit Unterstützung der königl. Regierung nun die weitere Zucht der Fische beschlossen und es werden im nächsten Frühjahr gegen drei Millionen Exemplare desselben zur Bekämpfung weiterer Flüsse mit weichem klarem Wasser hier eintreffen. Ganz besonders hat man hierbei das Augenmerk auf die majestätischen Seen gerichtet, in welchen die Zucht in Folge ihres vorzüglichen Wassers im ausgezeichneten Umfang betrieben werden soll.

Goldey, 13. Okt. Die Mörder des Gutsbesitzers Reiner auf Schönburg sind hierbei außer Betracht gelassen.

Die Baukosten waren von dem Stadtbaurath im Jahre 1888 auf 290 000 Mk. veranschlagt worden,

wovon, wie in dem Erlass vom 22. Februar 1889 näher dargelegt ist, noch 30 000 Mk. für das zu niedrig veranschlagte Schulinventar hinzukommen. Der Wert des Grund und Bodens ist hierbei außer Betracht gelassen. Auf dem in meinem Erlass vom 2. Juni v. J. empfohlenen Bauplatz in der Hofstadtburg, der damals für 48 000 Mk. zu kaufen war, würde der Bau selbst nach der Ansicht des Geh. Regierungs- und Baurats Ehrhardt nur etwa 230 000 Mk. gekostet haben. Der südliche Theil des Dominikanerplatzes ist m. E. für die Schule in jeder Hinsicht geeignet, da der ganze Platz groß genug ist, um auf der Nordseite eine von Gartenanlagen umgebene Markthalle zu erbauen. Da jetzt beabsichtigt wird, den ganzen nach der Erbauung der Markthalle übrigen Raum in Gartenanlagen zu verwandeln, so wird, wenn diese beschädigt werden, der Bauplatz für die Zeichenhalle zu vermeiden und um die Wege abzukürzen, um die vorhandenen Volksschulgebäude, der Unterricht im Zeichnen aber, um seine Erheilung und Leitung zu erleichtern und die Ausgaben für Lehrmittel nicht zu steigern, am besten in einem einzigen, besonders zu erbauenden Gebäude, das 17 Klassenräume und die nötigen Nebenräume enthalten müsse, erheilt werden.

„Die Baukosten waren von dem Stadtbaurath im Jahre 1888 auf 290 000 Mk. veranschlagt worden, wovon, wie in dem Erlass vom 22. Februar 1889 näher dargelegt ist, noch 30 000 Mk. für das zu niedrig veranschlagte Schulinventar hinzukommen. Der Wert des Grund und Bodens ist hierbei außer Betracht gelassen. Auf dem in meinem Erlass vom 2. Juni v. J. empfohlenen Bauplatz in der Hofstadtburg, der damals für 48 000 Mk. zu kaufen war, würde der Bau selbst nach der Ansicht des Geh. Regierungs- und Baurats Ehrhardt nur etwa 230 000 Mk. gekostet haben. Der südliche Theil des Dominikanerplatzes ist m. E. für die Schule in jeder Hinsicht geeignet, da der ganze Platz groß genug ist, um auf der Nordseite eine von Gartenanlagen umgebene Markthalle zu erbauen. Da jetzt beabsichtigt wird, den ganzen nach der Erbauung der Markthalle übrigen Raum in Gartenanlagen zu verwandeln, so wird, wenn diese beschädigt werden, der Bauplatz für die Zeichenhalle zu vermeiden und um die Wege abzukürzen, um die vorhandenen Volksschulgebäude, der Unterricht im Zeichnen aber, um seine Erheilung und Leitung zu erleichtern und die Ausgaben für Lehrmittel nicht zu steigern, am besten in einem einzigen, besonders zu erbauenden Gebäude, das 17 Klassenräume und die nötigen Nebenräume enthalten müsse, erheilt werden.“

„Die Baukosten waren von dem Stadtbaurath im Jahre 1888 auf 290 000 Mk. veranschlagt worden, wovon, wie in dem Erlass vom 22. Februar 1889 näher dargelegt ist, noch 30 000 Mk. für das zu niedrig veranschlagte Schulinventar hinzukommen. Der Wert des Grund und Bodens ist hierbei außer Betracht gelassen. Auf dem in meinem Erlass vom 2. Juni v. J. empfohlenen Bauplatz in der Hofstadtburg, der damals für 48 000 Mk. zu kaufen war, würde der Bau selbst nach der Ansicht des Geh. Regierungs- und Baurats Ehrhardt nur etwa 230 000 Mk. gekostet haben. Der südliche Theil des Dominikanerplatzes ist m. E. für die Schule in jeder Hinsicht geeignet, da der ganze Platz groß genug ist, um auf der Nordseite eine von Gartenanlagen umgebene Markthalle zu erbauen. Da jetzt beabsichtigt wird, den ganzen nach der Erbauung der Markthalle übrigen Raum in Gartenanlagen zu verwandeln, so wird, wenn diese beschädigt werden, der Bauplatz für die Zeichenhalle zu vermeiden und um die Wege abzukürzen, um die vorhandenen Volksschulgebäude, der Unterricht im Zeichnen aber, um seine Erheilung und Leitung zu erleichtern und die Ausgaben für Lehrmittel nicht zu steigern, am besten in einem einzigen, besonders zu erbauenden Gebäude, das 17 Klassenräume und die nötigen Nebenräume enthalten müsse, erheilt werden.“

„Die Baukosten waren von dem Stadtbaurath im Jahre 1888 auf 290 000 Mk. veranschlagt worden, wovon, wie in dem Erlass vom 22. Februar 1889 näher dargelegt ist, noch 30 000 Mk. für das zu niedrig veranschlagte Schulinventar hinzukommen. Der Wert des Grund und Bodens ist hierbei außer Betracht gelassen. Auf dem in meinem Erlass vom 2. Juni v. J. empfohlenen Bauplatz in der Hofstadtburg, der damals für 48 000 Mk. zu kaufen war, würde der Bau selbst nach der Ansicht des Geh. Regierungs- und Baurats Ehrhardt nur etwa 230 000 Mk. gekostet haben. Der südliche Theil des Dominikanerplatzes ist m. E. für die Schule in jeder Hinsicht geeignet, da der ganze Platz groß genug ist, um auf der Nordseite eine von Gartenanlagen umgebene Markthalle zu erbauen. Da jetzt beabsichtigt wird, den ganzen nach der Erbauung der Markthalle übrigen Raum in Gartenanlagen zu verwandeln, so wird, wenn diese beschädigt werden, der Bauplatz für die Zeichenhalle zu vermeiden und um die Wege abzukürzen, um die vorhandenen Volksschulgebäude, der Unterricht im Zeichnen aber, um seine Erheilung und Leitung zu erleichtern und die Ausgaben für Lehrmittel nicht zu steigern, am besten in einem einzigen, besonders zu erbauenden Gebäude, das 17 Klassenräume und die nötigen Nebenräume enthalten müsse, erheilt werden.“

„Die Baukosten waren von dem Stadtbaurath im Jahre 1888 auf 290 000 Mk. veranschlagt worden, wovon, wie in dem Erlass vom 22. Februar 1889 näher dargelegt ist, noch 30 000 Mk. für das zu niedrig veranschlagte Schulinventar hinzukommen. Der Wert des Grund und Bodens ist hierbei außer Betracht gelassen. Auf dem in meinem Erlass vom 2. Juni v. J. empfohlenen Bauplatz in der Hofstadtburg, der damals für 48 000 Mk. zu kaufen war, würde der Bau selbst nach der Ansicht des Geh. Regierungs- und Baurats Ehrhardt nur etwa 230 000 Mk. gekostet haben. Der südliche Theil des Dominikanerplatzes ist m. E. für die Schule in jeder Hinsicht geeignet, da der ganze Platz groß genug ist, um auf der Nordseite eine von Gartenanlagen umgebene Markthalle zu erbauen. Da jetzt beabsichtigt wird, den ganzen nach der Erbauung der Markthalle übrigen Raum in Gartenanlagen zu verwandeln, so wird, wenn diese beschädigt werden, der Bauplatz für die Zeichenhalle zu vermeiden und um die Wege abzukürzen, um die vorhandenen Volksschulgebäude, der Unterricht im Zeichnen aber, um seine Erheilung und Leitung zu erleichtern und die Ausgaben für Lehrmittel nicht zu steigern, am besten in einem einzigen, besonders zu erbauenden Gebäude, das 17 Klassenräume und die nötigen Nebenräume enthalten müsse, erheilt werden.“

„Die Baukosten waren von dem Stadtbaurath im Jahre 1888 auf 290 000 Mk. veranschlagt worden, wovon, wie in dem Erlass vom 22. Februar 1889 näher dargelegt ist, noch 30 000 Mk. für das zu niedrig veranschlagte Schulinventar hinzukommen. Der Wert des Grund und Bodens ist hierbei außer Betracht gelassen. Auf dem in meinem Erlass vom 2. Juni v. J. empfohlenen Bauplatz in der Hofstadtburg, der damals für 48 000 Mk. zu kaufen war, würde der Bau selbst nach der Ansicht des Geh. Regierungs- und Baurats Ehrhardt nur etwa 230 000 Mk. gekostet haben. Der südliche Theil des Dominikanerplatzes ist m. E. für die Schule in jeder Hinsicht geeignet, da der ganze Platz groß genug ist, um auf der Nordseite eine von Gartenanlagen umgebene Markthalle zu erbauen. Da jetzt beabsichtigt wird, den ganzen nach der Erbauung der Markthalle übrigen Raum in Gartenanlagen zu verwandeln, so wird, wenn diese beschädigt werden, der Bauplatz für die Zeichenhalle zu vermeiden und um die Wege abzukürzen, um die vorhandenen Volksschulgebäude, der Unterricht im Zeichnen aber, um seine Erheilung und Leitung zu erleichtern und die Ausgaben für Lehrmittel nicht zu steigern, am besten in einem einzigen, besonders zu erbauenden Gebäude, das 17 Klassenräume und die nötigen Nebenräume enthalten müsse, erheilt werden.“

„Die Baukosten waren von dem Stadtbaurath im Jahre 1888 auf 290 000 Mk. veranschlagt worden, wovon, wie in dem Erlass vom 22. Februar 1889 näher dargelegt ist, noch 30 000 Mk. für das zu niedrig veranschlagte Schulinventar hinzukommen. Der Wert des Grund und Bodens ist hierbei außer Betracht gelassen. Auf dem in meinem Erlass vom 2. Juni v. J. empfohlenen Bauplatz in der Hofstadtburg, der damals für 48 000 Mk. zu kaufen war, würde der Bau selbst nach der Ansicht des Geh. Regierungs- und Baurats Ehrhardt nur etwa 230 000 Mk. gekostet haben. Der südliche Theil des Dominikanerplatzes ist m. E. für die Schule in jeder Hinsicht geeignet, da der ganze Platz groß genug ist, um auf der Nordseite eine von Gartenanlagen umgebene Markthalle zu erbauen. Da jetzt beabsichtigt wird, den ganzen nach der Erbauung der Markthalle übrigen Raum in Gartenanlagen zu verwandeln, so wird, wenn diese beschädigt werden, der Bauplatz für die Zeichenhalle zu vermeiden und um die Wege abzukürzen, um die vorhandenen Volksschulgebäude, der Unterricht im Zeichnen aber, um seine Erheilung und Leitung zu erleichtern und die Ausgaben für Lehrmittel nicht zu steigern, am besten in einem einzigen, besonders zu erbauenden Gebäude, das 17 Klassenräume und die nötigen Nebenräume enthalten müsse, erheilt werden.“

„Die Baukosten waren von dem Stadtbaurath im Jahre 1888 auf 290 000 Mk. veranschlagt worden, wovon, wie in dem Erlass vom 22. Februar 1889 näher dargelegt ist, noch 30 000 Mk. für das zu niedrig veranschlagte Schulinventar hinzukommen. Der Wert des Grund und Bodens ist hierbei außer Betracht gelassen. Auf dem in meinem Erlass vom 2. Juni v. J. empfohlenen Bauplatz in der Hofstadtburg, der damals für 48 000 Mk. zu kaufen war, würde der Bau selbst nach der Ansicht des Geh. Regierungs- und Baurats Ehrhardt nur etwa 230 000 Mk. gekostet haben. Der südliche Theil des Dominikanerplatzes ist m. E. für die Schule in jeder Hinsicht geeignet, da der ganze Platz groß genug ist, um auf der Nordseite eine von Gartenanlagen umgebene Markthalle zu erbauen. Da jetzt beabsichtigt wird, den ganzen nach der Erbauung der Markthalle übrigen Raum in Gartenanlagen zu verwandeln, so wird, wenn diese beschädigt werden, der Bauplatz für die Zeichenhalle zu vermeiden und um die Wege abzukürzen, um die vorhandenen Volk

1878/81 12 322 Mk. jährlich betragenden Zuschuß er-spart, daß die Stadt Danzig seit 12 Jahren für den gewerblichen Unterricht sehr wenig gethan hat und endlich, daß eine außerhalb des Geltungsbereiches des Gesetzes vom 4. Mai 1886 liegende Stadt für eine solche Anstalt das Lokal ganz auf ihre Kosten hergeben und von den übrigen dauernden Ausgaben mindestens die Hälfte, im vorliegenden Falte jährlich mindestens ca. 40.000 Mk. übernehmen müßte. Die Stadt Posen hat sich verpflichtet, ein Gebäude für den Zeichenunterricht an der staatlichen Fortbildungsschule auszuführen, mit dem nötigen Schulinventar auszustatten und zu unterhalten, außerdem aber die für den Fortbildungsumunterricht weiter erforderlichen Räume in den städtischen Schulen herzugeben und sämtliche Räume, sowie die in dem Zeichenschulgebäude auch unterzubringende Baugewerkschule zu heizen und zu beleuchten und die in den städtischen Schulen benutzten Lokale zu reinigen.

Mit Rücksicht darauf, daß gegenüber den Ausführungen meines Commissars in der Befprechung am 11. d. M. die Zweckmäßigkeit der Einführung des Schulzwanges beweisst worden ist, will ich nicht unterlassen mit Bestimmtheit zu betonen, daß die Abnahme des Besuchs der obligatorischen Fortbildungsschule in den letzten anderthalb Jahren in Folge der euer Hochwohlgeboren bekannten Rechtsauffassung des königlichen Kammergerichts hinlänglich bewiesen hat, daß der Schulzwang nothwendig ist, um einen regelmäßigen Besuch des Unterrichts und damit seinen vollen Nutzen zu erreichen. Diejenigen Danziger Gewerbetreibenden, die bisher schon in anerkennenswerther Weise ihre Lehrlinge den Zeichenunterricht in der Schule des Gewerbevereins zu besuchen angehalten haben, werden durch die Einrichtung der obligatorischen Fortbildungsschule nur genötigt werden, sie auch am Unterricht im Deutschen und im Rechten Theil nehmen zu lassen. Die noch gröbere Zahl der Lehrlinge aber, die sich vom Unterricht fern gehalten haben aus Furcht vor den Rekretieren ihrer Kameraden, oder weil die Arbeitgeber ihnen den Wunsch und die Bitte ausgesprochen haben, daß sie die Fortbildungsschule nicht besuchen möchten, werden künftig daran Theil nehmen dürfen und müssen. Überall, wo in Preußen der Besuch der gewerblichen Fortbildungsschulen nicht obligatorisch ist, zählen diese Anstalten halb so viel und oft noch viel weniger Schüler, als die obligatorischen Fortbildungsschulen in Städten gleicher Größe.

"Sollte die Stadt Danzig, die ihr angebotenen Vortheile und die Bedeutung der zu errichtenden Anstalt für die gerade dort so dringend nothige Hebung des Gewerbes erkennend, nicht alsbald die von mir dafür gestellten Bedingungen ohne Einschränkung annehmen, so sehe ich mich zu meinem lebhaften Bedauern genötigt, entweder die für die Danziger Fortbildungsschule von mir vorbehalteten Mittel anderweitig für die möglichste Verbesserung des gewerblichen Unterrichts in Elbing, Thorn, Bromberg und anderen Städten zu verwenden oder für die Bedürfnisse anderer benachbarter Provinzen verfügbar zu machen, die in ihrer jetzigen Verfassung keinen Nutzen stiftende Kunst- und Gewerkschule zu Danzig aufzuhoben und der Stadt allein die Förderung des gewerblichen Unterrichts zu überlassen, oder es wird, um die gewerbetreibende Jugend nicht unter der Weigerung der Stadt Danzig leiden zu lassen, der Erlaß gesetzlicher Bestimmungen ins Auge gesetzt werden müssen, durch welche die Gemeinden verpflichtet werden würden, die für den Unterricht unentbehrlichen Lokalitäten herzustellen und zu unterhalten, um auf diesem Wege die in Danzig obwaltenden Schwierigkeiten zu beseitigen und der Entstehung solcher an anderen Orten vorzubeugen.

Der Minister für Handel und Gewerbe
Frhr. v. Berlepsch.

Die geschäftliche Einleitungsdebatte über das vorstehende Ministerialschreiben haben wir schon dem wesentlichen Inhalte nach gestern mitgetheilt. Über die demnächstige Generaldebatte ist nach den Aufzeichnungen unseres Referenten Folgendes zu berichten:

Erfreuter Bürgermeister Dr. Baumgärtner: Es sei keine besonders dankbare Aufgabe, die Vorschläge des Herrn Ministers heute hier zu vertreten; das Rescript lasse allerdings an Deutlichkeit und Entscheidheit nichts zu wünschen übrig. Aber man dürfe sich durch den etwas scharfen Ton, der in demselben angeschlagen sei, von einer objektiven Würdigung der Vorschläge nicht abhalten lassen. Er müsse zunächst für seine Person den in dem Schreiben indirekt gemachten Vorwurf zurückweisen, als wäre die Sache während seiner Amtsführung verschleppt worden. Die Frage lasse sich nämlich deshalb nicht so rasch erledigen, weil vor allem die Platzfrage sehr schwierig sei. Er könne, was die Zeit vor seinem Amtsantritt anbetrifft, über diesen Punkt allerdings nur nach den Akten urtheilen; aus denselben gehe jedoch hervor, daß schon vor seinem Amtsantritt von der Platzfrage häufig die Rede gewesen sei. Es liege auch schon aus der Zeit vor seinem Amtsantritt ein vollständig ausgearbeitetes Project für den Bau einer Fortbildungsschule auf Pfeilerstadt vor, und es würde die Auffstellung dieses Projects die Stadtverordnetenversammlung noch beschäftigen müssen, da die Kosten für die Ausarbeitung derselben mit 2000 Mk. auf Vorlaufkonto gebucht und noch nicht bewilligt seien. Verschiedene Plätze seien bisher für die Errichtung des Schulgebäudes ins Auge gesetzt worden, in der Pfeilerstadt, an dem Dominikanerplatz, auf dem Dominikanerplatz und auf dem Platz, auf welchem jetzt das Müllerwerkshaus steht. Außerdem habe sich der Herr Geheimrat Lüders zuerst für einen Platz auf der Speicherinsel entschieden. Als er (Redner) im Frühjahr d. J. mit Herrn Lüders in Berlin über die Errichtung eines Fortbildungsschulgebäudes verhandelt, habe derselbe zuerst nicht von der Speicherinsel abgehen wollen, in einer späteren Besprechung aber habe Herr Geheimrat Lüders den Platz auf der Speicherinsel (den sogen. Trömmelhof) aufgegeben. Nunmehr sei der Dominikanerplatz in den Vordergrund getreten. Der Magistrat sei jedoch fast einstimmig der Ansicht, daß unter keinen Umständen das Schulhaus auf dem Dominikanerplatz gebaut werden dürfe, so warm dieser Platz auch in dem Rescript empfohlen worden sei. (Lebhafte Heiterkeit und Zustimmung.) Dieser Platz sei bereits für den Bau einer Markthalle in Aussicht genommen und er würde nach dem Vorschlag des Herrn Lüders durch drei große Gebäude, die Kirche, die Schule und die Markthalle vollständig zugebaut werden. die Markthalle müsse aber von allen Seiten zugänglich sein und sollte von Anlagen umgeben werden. Es müsse also schon der Platzfrage wegen das Rescript zum Gegenstand einer kommissarischen Beratung gemacht werden. Doch es seien noch einige andere Fragen zu berücksichtigen. Es solle schleunig ein Ortsstatus über die obligatorische Einführung des Fortbildungsschulunterrichtes aufgestellt werden. Bei seiner Unterredung mit Herrn Lüders im Frühjahr habe ihm der selbe bezüglich dieses Punktes erläutert, der Herr Handelsminister wolle mit der Forderung eines Statuts warten, bis die Gewerbeordnungsnovelle befohlen, was inzwischen geschehen sei. Das Kammergericht habe nämlich bekanntlich die Auffassung vertreten, daß nach preußischem Recht eine Ein- und Durchführung des Fortbildungsschulzwanges im Wege polizeilicher Verordnung nicht zulässig sei. Der Besuch der Fortbildungsschulen ist in Folge dessen sehr zurückgegangen, wie Redner durch die Mitteilung verschiedener statistischer Daten aus Posen und Westpreußen nachweist. Die Möglichkeit des Schulzwanges sei aber nunmehr durch die Gewerbeordnungsnovelle statuiert worden. Als die beiden Herren Minister Freiherr v. Berlepsch und Dr. Miquel in Danzig anwesend waren, habe er mit ihnen über die Errichtung einer Fortbildungsschule verhandelt. Dr. Miquel habe sich unter Anführung des bekannten Wortes, Danzig müsse Industriestadt werden, dahin ausgesprochen, daß die gewerblichen Fortbildungsschulen sich rege entfalten müßten. Frhr. v. Berlepsch sei damals in freundlicher und sehr liebens-

würdiger Weise auf die Sache eingegangen. Er (Redner) habe sich dabei die Frage gestellt, warum soll man gerade mit dem Bau des Schulhauses beginnen? Wir haben in Danzig bereits tüchtige gewerbliche Fortbildungsschulen, und man könnte zunächst vielleicht den staatlichen Zuschuß zu der Schule des Gewerbevereins erhöhen. So könnte die Gewerbeschule sich weiter entwickeln, und dann sei es an der Zeit, mit der Gewerbeschule in das neue Schulhaus einzuziehen. Mit dem Gewerbeverein seien denn auch Verhandlungen wegen völiger Überlassung seines Grundstückes zu Schulzwecken angeknüpft worden. Nunmehr erfolgte der Besuch des Geheimraths Lüders. Seitdem werde der Schulbau wiederum in Vordergrund gestellt, wobei allerdings ein Übergangsstadium vorgesehen werde. Er sehe nun ein, daß in manchen Kreisen unserer Stadt gegen die obligatorischen Fortbildungsschulen eine Abneigung besteht, die er vollständig verstehe, denn es werde für Manchen schmerlich sein, daß ein so schön begonnenes Werk jetzt verstaatlicht werde. Gleichwohl müsse man die Frage des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts ruhig behandeln und man werde dazu kommen, den Zwang zu statuiren. Nach seiner mehr als zehnjährigen Erfahrung in einer industriellen Gegend könne nur durch den Fortbildungsschulzwang etwas Befriedigendes erreicht werden. Dieselbe Berechtigung wie der allgemeine Schulzwang habe auch der obligatorische Besuch der Fortbildungsschulen. Der Staat habe die Pflicht, die Bildung der jungen Leute zu fördern, und wenn mit der Fortbildungsschule auch noch gewerblicher Unterricht verknüpft sei, so würde hierdurch auch den berechtigten Interessen der Gewerbetreibenden Rechnung getragen. Unter den größeren deutschen Staaten sei Preußen, welches sonst im Schulwesen an der Spitze gestanden habe, auf dem Gebiet der Fortbildungsschule zurückgeblieben. Die obligatorischen Schulen seien daher nicht zu verwerfen. Dazu käme, daß man eine solche Schule in der Stadt Danzig jetzt mit großen Mitteln ins Leben rufen wolle, wie sie dem Gewerbeverein nicht zu Gebot ständen. Auch der Umstand, daß mit der Fortbildungsschule zugleich eine Fachschule für Maschinbauern eingerichtet werden sollte, würde ihn bewegen, auf die Sache einzugehen. Das Gesetz vom Jahre 1886 legt endlich das Fortbildungsschulwesen unserer Provinz in die Hand des Ministers, und es klingt aus dem Rescript derselben sehr deutlich das Motto heraus: „Und bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt!“ Wir schicken uns an, unsere gewerblichen Schulen dem Staate zu überlassen. Das sei ihm auch nicht sympathisch, er würde es lieber sehen, wenn das Fortbildungsschulwesen in der Hand der Gemeinde verbleibe, die mit den Bürgern in steten unmittelbaren Beziehungen stehe, und der Staat einen Zuschuß gewähre. Für unsere Gemeinde sei es aber angesichts ihrer Finanzlage nicht möglich, die 80.000 Mk., welche die Schule jährlich erfordere, aufzubringen und man müsse also den Staat schon eintreten lassen. Ein Trost sei es wenigstens, daß ein gewerbliches Curatorium vorgesehen sei, in welchem die Münche und Forderungen unserer Gewerbetreibenden und des Magistrats wohl eingemessen zur Geltung kommen würden. Was nun die finanzielle Seite anbetrifft, so sollte die Stadt das Schulhaus beschaffen und unterhalten und zur Verjährung und Amortisation des Baukapitals einen jährlichen Zuschuß von 8000 Mk. erhalten. Nun habe der Punkt Anfang erregt, daß der Zuschuß nur auf 10 Jahre zugestanden sei. Man sollte aber diese zehn Jahre nicht so tragisch nehmen und sich jetzt schon den Kopf darüber zerbrechen, was geschehen würde, wenn nach 10 Jahren der Zuschuß nicht weiter bewilligt werde. Die Fixierung dieses Zuschusses beruhe in dem Umstand, daß der Staat so reiche Mittel aufgesammelt habe, daß er den Zuschuß auf eine Reihe von Jahren leisten könne, ohne dem Landtage deshalb eine Vorlage machen zu müssen. Es sei anzunehmen, daß der Staat auch nach Ablauf der zehn Jahre die Bude nicht zunehmen werde. Denkbar sei es allerdings, daß nach 10 Jahren kein solcher Zuschuß mehr gewährt werde, aber auch dann werde sich die Sache machen lassen. Die Öfferte des Staates sei im übrigen kein ungünstiges, die Stadt, die heute schon 5000 Mk. für die gewerbliche Fortbildungsschule zahle, erhält einen Zuschuß von 8000 Mk., sobald es außer jenen 5000 Mk. nur noch geringer Mittel bedürfe, um die Baugelder zu verzinzen und die Gebäude zu unterhalten. Ihm liege ein Exposé über die Entwicklung der gewerblichen Fortbildungsschule des Gewerbevereins und des Innungs-Vereins vor, die vor 13 Jahren mit 40 Schülern angefangen habe und gegenwärtig 700 zähle. Trotz dieses erfreulichen Wachstums sei die Zahl der Schüler immer noch eine geringe, denn nach einer aufgestellten Berechnung würden etwa 2400 junge Leute die Fortbildungsschulen und von ihnen etwa 1800 den Zeichenunterricht besuchen. In Summa formulire er seine Ansicht dahin, daß die Form des Rescripts zwar nicht besonders ammung, die Sache selbst aber nicht zu verwerfen sei. „Weisen Sie — so schloß Herr Dr. Baumgärtner — die Hand des Herrn Ministers nicht zurück, auch wenn sie Ihnen nicht in einem sammtweichen Gläuberschein dargeboten wird. Wir werden mit der gewerblichen Fortbildungsschule in dieser Stadt dem Bildungsbedürfnis der heranwachsenden Jugend und den berechtigten Interessen des Gewerbevereins Rechnung tragen, aber auch für die Stadtgemeinde selbst etwas Nützliches und Gegenseitiges schaffen.“

Stadt. Damme: Er müsse sich zunächst dagegen verwahren, daß man aus seinen Auseinandersetzungen etwa schließe, er sei ein Gegner der Fortbildungsschule. Er interessiere sich sehr lebhaft für Fortbildungsschulen und wünsche, daß dieselben noch auf ganz andere Gebiete als die gewerblichen ausgedehnt würden. Es fehle so häufig an Herzengesundheit, an Höflichkeit, und vielfach mache sich ein Übermuth geltend, der nicht nur nicht durch die häusliche Erziehung unterdrückt, sondern bisweilen gerade im Laufe des Lebens erworben werden sei. Er sei also durchaus nicht gegen Fortbildungsschulen. Dagegen sei die obligatorische Fortbildungsschule ein sehr zweifelhaftes Geschäft. Auch der Freiherr von Berlepsch habe nicht immer so gedacht wie in seinem Rescripte ausgesprochen werde; er glaube das aus einem Erlaß vom 9. März 1891 schließlich zu müssen, der dem Vorsteheramt der Kaufmannschaft zugegangen sei. Es habe sich dabei um den Besuch von Schifferschulen gehandelt, und der Minister habe erklärt, es bedürfe des empfohlenen Schulzwanges nicht, und dies damit motiviert, daß nach anderweitig gemachten Erfahrungen die Mehrzahl der Schüler sich unzüglich, widersprüchig und unaufmerksam erweise und die wenigen strebsamen Besucher mit sich fortziehen würde. (Hört! hört!) Es handle sich bei den Schifferschulen darum, daß diejenigen, welche dieselben absolvir hätten, sich die Anwartschaft auf Stellungen erwerben, deren Bekleidung anderen verlängt sei. Er habe bei der Anwesenheit des Herrn Lüders diesen Erlaß erwähnt, doch Herr Lüders habe bestreiten, daß derselbe von dem Handelsminister ausgegangen sein könne, da er sonst davon wissen müßte, denn alle Schulen im Handelsministerium gingen von ihm aus. Wenn das zutrete, so sei wohl auch das vorliegende Rescript von Herrn Lüders ausgegangen und stimme nicht mit den liebenswürdigsten Formen des Herrn Ministers v. Berlepsch überein. Es werde uns schwer gemacht, das darin enthaltene Gute anzunehmen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Erlaß sei in einer Form abgefaßt, welche uns keine Wahl lasse, als alles anzunehmen. Es sei ja aus der Geschichte bekannt, daß der jährliche Zusammenbruch Preukens im Jahre 1806 dadurch veranlaßt worden sei, daß die Bürger, von der Regierung bevormundet und von jeder Einwirkung auf das Staatswesen und das Gemeindeleben ausgeschlossen, in stumpfer Resignation alles von der Regierung erwarteten, und es sei der große Stein'sche Gedanke gewesen, durch Einführung der Selbstverwaltung dieses mangelige Interesse zu erwecken und zu heben. Aber dieses Ministerialrescript geht nicht hunderd, sondern fast zweihundert Jahre zurück. Unter Friedrich Wilhelm I. hätten die Städte wenigstens über Ausgaben bis zu 5 Thalern selbständig zu bestimmen

gehakt, hier sei jedoch die Sache noch viel schlimmer. (Geht richtig.) Wie komme der Staat dazu, Ausgaben von uns zu verlangen, da wir doch das Recht hätten, in gewissem Grade über unsere Steuern selbst zu bestimmen? Conßt liegt die Sache genöthig anders. Es zeigt sich die Regierung wohlwollend für den Steuerzahler gegenüber den bösen Stadtverordneten, da würde der Grundsatz vertreten, daß die Steuerzahler „geschont“ werden müßten. Hier aber zwinge man uns zu Ausgaben, die wir vielleicht mit gutem Grund ablehnen müßten! Der Herr Erste Bürgermeister sage, die Kosten seien nicht zu groß, und die in Aussicht gestellten 8000 Mk. würden mit Einschluß der bisher für die Fortbildungsschulen ausgesetzten 5000 Mk. vielleicht für die Vergrößerung der Baugeläder reichen. Das sei doch nicht ausgemacht; denn obgleich würden die Voraussetzungen, die wir vielleicht mit gutem Grund ablehnen müßten! Der Herr Erste Bürgermeister sage, die Kosten seien nicht zu groß, und die in Aussicht gestellten 8000 Mk. würden mit Einschluß der bisher für die Fortbildungsschulen ausgesetzten 5000 Mk. vielleicht für die Vergrößerung der Baugeläder reichen. Das sei doch nicht ausgemacht; denn obgleich würden die Voraussetzungen, die wir vielleicht mit gutem Grund ablehnen müßten! Der Herr Erste Bürgermeister sage, die Kosten seien nicht zu groß, und die in Aussicht gestellten 8000 Mk. würden mit Einschluß der bisher für die Fortbildungsschulen ausgesetzten 5000 Mk. vielleicht für die Vergrößerung der Baugeläder reichen. Das sei doch nicht ausgemacht; denn obgleich würden die Voraussetzungen, die wir vielleicht mit gutem Grund ablehnen müßten! Der Herr Erste Bürgermeister sage, die Kosten seien nicht zu groß, und die in Aussicht gestellten 8000 Mk. würden mit Einschluß der bisher für die Fortbildungsschulen ausgesetzten 5000 Mk. vielleicht für die Vergrößerung der Baugeläder reichen. Das sei doch nicht ausgemacht; denn obgleich würden die Voraussetzungen, die wir vielleicht mit gutem Grund ablehnen müßten! Der Herr Erste Bürgermeister sage, die Kosten seien nicht zu groß, und die in Aussicht gestellten 8000 Mk. würden mit Einschluß der bisher für die Fortbildungsschulen ausgesetzten 5000 Mk. vielleicht für die Vergrößerung der Baugeläder reichen. Das sei doch nicht ausgemacht; denn obgleich würden die Voraussetzungen, die wir vielleicht mit gutem Grund ablehnen müßten! Der Herr Erste Bürgermeister sage, die Kosten seien nicht zu groß, und die in Aussicht gestellten 8000 Mk. würden mit Einschluß der bisher für die Fortbildungsschulen ausgesetzten 5000 Mk. vielleicht für die Vergrößerung der Baugeläder reichen. Das sei doch nicht ausgemacht; denn obgleich würden die Voraussetzungen, die wir vielleicht mit gutem Grund ablehnen müßten! Der Herr Erste Bürgermeister sage, die Kosten seien nicht zu groß, und die in Aussicht gestellten 8000 Mk. würden mit Einschluß der bisher für die Fortbildungsschulen ausgesetzten 5000 Mk. vielleicht für die Vergrößerung der Baugeläder reichen. Das sei doch nicht ausgemacht; denn obgleich würden die Voraussetzungen, die wir vielleicht mit gutem Grund ablehnen müßten!

Stadt. Damme: Er müsse sich zunächst dagegen verwahren, daß man aus seinen Auseinandersetzungen etwa schließe, er sei ein Gegner der Fortbildungsschule. Er interessiere sich sehr lebhaft für Fortbildungsschulen und wünsche, daß dieselben noch auf ganz andere Gebiete als die gewerblichen ausgedehnt würden. Es fehle so häufig an Herzengesundheit, an Höflichkeit, und vielfach mache sich ein Übermuth geltend, der nicht nur nicht durch die häusliche Erziehung unterdrückt, sondern bisweilen gerade im Laufe des Lebens erworben werden sei. Er sei also durchaus nicht gegen Fortbildungsschulen. Dagegen sei die obligatorische Fortbildungsschule ein sehr zweifelhaftes Geschäft. Auch der Freiherr von Berlepsch habe nicht immer so gedacht wie in seinem Rescripte ausgesprochen werde; er glaube das aus einem Erlaß vom 9. März 1891 schließlich zu müssen, der dem Vorsteheramt der Kaufmannschaft zugegangen sei. Es habe sich dabei um den Besuch von Schifferschulen gehandelt, und der Minister habe erklärt, es bedürfe des empfohlenen Schulzwanges nicht, und dies damit motiviert, daß nach anderweitig gemachten Erfahrungen die Mehrzahl der Schüler sich unzüglich, widersprüchig und unaufmerksam erweise und die wenigen strebsamen Besucher mit sich fortziehen würde. (Hört! hört!) Es handle sich bei den Schifferschulen darum, daß diejenigen, welche dieselben absolvir hätten, sich die Anwartschaft auf Stellungen erwerben, deren Bekleidung anderen verlängt sei. Er habe bei der Anwesenheit des Herrn Lüders diesen Erlaß erwähnt, doch Herr Lüders habe bestreiten, daß derselbe von dem Handelsminister ausgegangen sein könne, da er sonst davon wissen müßte, denn alle Schulen im Handelsministerium gingen von ihm aus. Wenn das zutrete, so sei wohl auch das vorliegende Rescript von Herrn Lüders ausgegangen und stimme nicht mit den liebenswürdigsten Formen des Herrn Ministers v. Berlepsch überein. Es werde uns schwer gemacht, das darin enthaltene Gute anzunehmen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Erlaß sei in einer Form abgefaßt, welche uns keine Wahl lasse, als alles anzunehmen. Es sei ja aus der Geschichte bekannt, daß der jährliche Zusammenbruch Preukens im Jahre 1806 dadurch veranlaßt worden sei, daß die Bürger, von der Regierung bevormundet und von jeder Einwirkung auf das Staatswesen und das Gemeindeleben ausgeschlossen, in stumpfer Resignation alles von der Regierung erwarteten, und es sei der große Stein'sche Gedanke gewesen, durch Einführung der Selbstverwaltung dieses mangelige Interesse zu erwecken und zu heben. Aber dieses Ministerialrescript geht nicht hunderd, sondern fast zweihundert Jahre zurück. Unter Friedrich Wilhelm I. hätten die Städte wenigstens über Ausgaben bis zu 5 Thalern selbständig zu bestimmen

nicht näher eingehen, sondern nur kurz hervorheben, daß nach seinen Erfahrungen es grundsätzlich sei, den Werth einer Fortbildungsschule nur nach ihrer Schülerzahl zu schätzen. Es sei kein Kunststück, mit nötigenfalls polizeilichem Zwang der Fortbildungsschule eine große Anzahl Schüler zuzuführen. Was geleistet werden darf, kommt es an, und zwar nicht in bloß mechanischem Einlernen, sondern in der sittlichen, moralischen und intellektuellen Hebung des Jünglings. In dieser Beziehung stellt er die freiwillige Schule allerding viel höher als die Zwangs-Schule. Die Zahl der Schüler beweise herzlich wenig. Der Schüler, wie er in die Schule kommt, und wie er die selbe wieder verläßt, das sei der Maßstab, nach dem man messen sollte. Redner berechnet, daß von den kommenden jungen Leuten, wenn man die sehr entfernten Vorstädte abrechnet, deren Bewohner der Besuch der Schule kaum möglich sei, schon jetzt ohne Zwang 50–60 Proc. die Danziger Fortbildungsschulen besuchen. Man habe also keinen Grund, der Staat Danzig wegen Vergrößerung der Fortbildungsschulwesen Vorwürfe zu machen. Die Stellung der Vertreter der Selbstverwaltung zu dem Ministerialerlaß habe Herr Damme mit so eindrucksvollen Worten bezeichnet, daß er die Wirkung dieser Worte nur abzuschwächen fürchte, wenn er denselben noch etwas hinzufügen wollte. Nur zwei Punkte möchte er noch schärfer hervorheben: 1) daß noch vor kurzer Zeit — etwa einem Jahre, vielleicht etwas, jedesfalls aber nicht viel länger — Magistratsmitglieder auf Anfragen aus der Mitte der Versammlung erklärt hätten, daß über die staatlichen Fortbildungsschulprojekte zwar vertrauliche Verhandlungen zwischen dem Oberbürgermeister, einzelnen anderen Magistratsmitgliedern und einzelnen Staatscommissarien geschweigt hätten, der Magistrat aber bis dahin mit Anträgen oder Vorlagen nicht befafst worden sei. Nach dem Ministerial-Rescript scheine es so, als ob die Stadtgemeinde seit langer Zeit geweckt und die Sache verdrängt habe. 2) müsse er nach seinen eigenen Wahrnehmungen als Vorsitzender des Curatoriums der hiesigen Fortbildungsschule, dem er seit 22 Jahren angehört, constatiren, daß hier die Stadtgemeinde zuerst, stets bereitwillig und am wirksamsten für die Fortbildungsschule eingetreten sei. Er habe viel früher als der Staat Zuschüsse gezahlt, sie habe auch wesentlich höhere Zuschüsse als jener gegeben. Noch heute erhalte die allgemeine Vereins-Fortbildungsschule vom Staat nur jährlich 300 Mk., die stets nur auf sehr kurze Fristen bewilligt werden, von der Gemeinde etatmäßig das Doppelte in baar, außerdem noch freies Lokal nebst Heizung und Zubehör. Der Staat habe also speziell in Danzig keineswegs so hervorragende Leistungen für das gewerbliche Fortbildungsschulwesen aufzuweisen, daß man den gegen die Commune erhobenen Vorwurf der Vergrößerung hinnehmen müßte.

Die Generaldebatte wurde hiermit geschlossen und, wie schon erwähnt, die aus 5 Stadtverordneten, 4 Magistratsmitgliedern und einem Bürgermitgliede bestehende gemischte Commission zur Vorberatung der Angelegenheit eingesetzt.

Bermischte Nachrichten.

Berlin, 14. Oktbr. Die Auflösung der Leiche des verschwundenen Predigers Harder in Weihensee bestätigt sich nicht.

* Eine eigenhümliche Angelegenheit beschäftigt gegenwärtig der „A. N. Fr. Pr.“ zufolge, das serbische Consistorium in Temesvar. In einem Pester Blatte erschien nämlich vor kurzem folgende Anzeige: „Heiratsantrag. Ein griechisch-orthodoxer serbischer hübischer Pfarrer, alleinstehend, ohne Kinder, 28 Jahre alt, mit 2000 fl. jährlichem Einkommen, in schöner romantischer Gegend, unweit von Temesvar, wohnend, zwei große Herrschaften in der Nähe, wünscht mit hübschen jungen Fräulein oder junger Witwe, unter 30 Jahre alt, alleinstehend, mit etwas Vermögen (ohne Kinder), eine civile The einzugehen. Seßliche Anträge mit Photographie unter A. M. an die Expedition.“ Das Consistorium wurde auf diese Anzeige aufmerksam gemacht und stellte alsbald fest, wer der betreffende Priester ist

Die Geburt einer Tochter zeigten
an Langfuhr, d. 14. Oktober 1891.
G. Leimert und Frau.

Die speziellen Verkaufsbedingungen können im Bureau I unseres Rathauses eingesehen werden, von da gegen Erstattung der Schreibgebühren bezogen werden.

Heute entschließt nach langerem Leiden sanft unter lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel Julius Schabell, welches tief betrübt anzuseigen. Danzig, 14. Oktober 1891 Die Hinterbliebenen.

Beerdigung Sonntag, Mittags 12 Uhr, vom Trauerhause, Holzgasse 27, aus.

Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll im Grundbuch von Wiesenwald Band III, Blatt 47, auf den Namen des Gutsbesitzers Paul Thamm eingetragen, im Kreise Dr. Stargard belegene Grundstück am 30. Oktober 1891.

Vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 15, versteigert werden. (9007)

Das Grundstück ist mit 2174 M. 84 S. Reinertrag und einer Fläche von 155,00 78 Hektar zur Grundsteuer, mit 465 M. Nutzungswert zu Gebäudesteuer veranlagt.

Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abstufungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisen, sowie besondere Kaufbedingungen können in den Gerichtsrichter, Abtheilung I, eingesehen werden.

Das Urteil über die Ertheilung des Zuschlags wird am 30. Oktober 1891,

Vormittags 11 Uhr, an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 15, verkündet werden. Pr. Stargard, 29. August 1891. Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In unser Gesellschaftsregister ist bei der unter Nr. 34 eingetragenen Zuckerfabrik Bahnhof Marienburg zu Sandhof heute vermerkt, daß durch Beschluss der Generalversammlung vom 6. August 1891 für die Zeit vom 3. August 1891 bis dahin 1894 der Gutsbesitzer Friedrich Zimmermann zu Dr. Lefevre als Direktionsmitglied wieder- und der technische Director Wilhelm Paul zu Sandhof an Stelle des verstorbenen Gutsbesitzers Hermann Wiebe I. aus Warnau alsstellvertretendes Direktionsmitglied neu gewählt sind. Marienburg, 7. Oktober 1891. Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Zur Vergabeung der für die Unterhaltung der Provinzial-Chausseen im Jahre 1892/93 erforderlichen Materiallieferungen, Pfister-Arbeiten, Walzarbeiten und Schleifabfuhr stehen folgende Lemmen an:

1. für den Bezirk des Chaussee-Aufsehers Tschau am Mittwoch, den 21. Oktober d. J.,

Vormittags 8½ Uhr, in Hohenblau, im Gasthause des Herrn Tschau;

2. für den Bezirk des Chaussee-Aufsehers Kahn am

Mittwoch, d. 21. Oktober d. J.,

Nachmittags 3 Uhr, in Dr. Stargard in der Turnhalle;

3. für den Bezirk des Chaussee-Aufsehers Wodak am

Donnerstag, 22. Oktober d. J.,

Vormittags 11 Uhr, in Neuw. im Deutschen Hause;

4. für den Bezirk des Chaussee-Aufsehers Lemke am

Freitag, den 23. Oktober d. J.,

Vormittags 8½ Uhr, in Hohenblau, im Gasthause des Herrn Tschau;

5. für den Bezirk des Chaussee-Aufsehers Kämpfers am

Freitag, den 23. Oktober d. J.,

Nachmittags 2 Uhr, in Dirshau, im Gasthause des Herrn Boersche;

Die Bedingungen werden in den Terminen bekannt gemacht.

Pfisterarbeiten werden nur in Pr. Stargard, Hohenstein und Dirshau ausgedehnt.

Pr. Stargard, 8. Oktober 1891.

Der Kreisbaumeister,

Rathmann. (9951)

Holzverkauf im Wege des schriftlichen Aufgebots.

In der Hämmerforst Thorn soll das Auerh.-Dorfholt der nachstehenden im Winter 1891/92 zur Ausarbeitung gelangenden Schläge, jeder Schlag in einem Loos mit Auschluss des Stock- und Reitsholzes vor dem Abtrieb verkauft werden und zwar:

1. Schuhbezirk Barbarken, Jagen 42, 3,6 ha siebtsfläche, ca. 700 m geringes u. mittleres Bau- und Schneideholz.

2. Schuhbezirk Gultau, Jagen 2,5 ha siebtsfläche, ca. 450 m mittleres Bau- u. Schneideholz.

3. Schuhbezirk Gultau, Jagen 2,3 ha siebtsfläche, ca. 210 m mittleres Bau- u. Schneideholz.

4. Schuhbezirk Gultau, Jagen 4,4 ha siebtsfläche, ca. 820 m mittleres Bau- u. Schneideholz.

5. Schuhbezirk Steinort, Jagen 111, 3,4 ha siebtsfläche, ca. 780 m mittleres Bau- und Schneideholz.

6. Schuhbezirk Steinort, Jagen 130, 4,4 ha siebtsfläche, ca. 900 m mittleres Bau- und Schneideholz.

Die Aushaltung des Ruhholzes erfolgt nach den Angaben des Kaufers, die Kosten der Aufarbeitung trägt die Forstverwaltung.

Bei erfolgendem Zuschlag ist für die Loos 1, 4, 5 und 6 ein Angelp. von je 2000 M. für die Loos 2 und 3 von je 500 M. zu hinterlegen.

Schlag 1 ist ca. 7 km von Thorn entfernt (Thayensee).

Schlag 2, 3 und 4 sind 2 bis 4 km und Schlag 5 und 6 ca. 2 bis 3 km von der Weichsel entfernt.

Die Herren Förster Hartl-Barbarken, Goerges-Guttau und Jacoby-Steinort werden den Kaufauftrag die Schläge an Ort und Stelle vorzeigen und jede gewünschte Auskunft ertheilen.

Die speziellen Verkaufsbedingungen können im Bureau I unseres Rathauses eingesehen werden, von da gegen Erstattung der Schreibgebühren bezogen werden.

Gebote auf eins bzw. mehrere Loos sind pro fm der nach dem Einstich durch Aufmessung zu ermittelnden Dorfholzmasse mit der ausdrücklichen Erklärung, daß sich Bieter den ihm bekannten Verkaufsbedingungen unterwirft, bis zum 29. Oktober cr. an Herrn Oberförster Baehr zu Thorn zu richten.

Die Differenz bzw. Feststellung der eingegangenen Oefferten erfolgt Freitag, den 30. Oktober cr., Vormittags 11 Uhr, im Oberförsterbüro unseres Rathauses in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter. (114)

Thorn, den 8. Oktober 1891.

Der Magistrat.

Auction in Stadtgebiet Nr. 1 auf dem Hofe.

Freitag, den 16. Oktober cr., Vormittags 10 Uhr, werde ich an angegebenen Orte im Auftrage des Herrn Concurverwalters Hesse die Reibestände der Louis de Beer'schen Concurmäße, als:

20 Fas mit ca. 9000 Liter Aarschaf, ca. 150 Flaschen Meth, 80 Flaschen Blaubeerwein u. 5 div. Regale öffentlich an den Meistbietenden gegen gleich baare Zahlung versteigern. (9994)

Janisch, Gerichtsvollzieher, Danzig, Breitgasse Nr. 133.

Bieh - Auction.

Auf dem Rittergute Al. Schönbrück Kreis Graudenz, sollen Montag, den 19. Oktober, von 10 Uhr Vormittags ab, wegen Abverkauses der Vorwerke mestbietend freihändig verkauft werden:

1 importirter Bulle, ca. 30 Milchkühe, 7 trag. Fersen, 60 Stück 2- und jähriges Jungvieh ostfriesischer Rasse (Heerbuchthiere), 8 junge dänische Arbeitspferde, 2 Rutschpferde und 1 Reitpferd, ca. 30 Zuchtwölfe und Ferkel, ferner die

Rambouilletstammherde bestehend aus ca. 400 Stück Mutterschafen, Böcken und Lämmern, im Samen oder in Abtheilungen.

Wagen stehen auf vorherige Anmeldung auf Bahnhof Gr. Schönbrück. (9613)

Die Guts-Verwaltung.

Günstiger Gelegenheitskauf.

Das zur Büttgerischen Konkursmasse gehörige Gut Sprauden Bl. 12 soll durch den Unterzeichner bei mäßiger Anzahlung schleunigst und billig verkauft werden. Dasselbe ist mit einem schönen Garten, dem Wohn- und Wirtschaftsgebäude hart an der Thauße, 1½ Meilen von der Stadt U. Zuckerfabrik Riese, 1½ Meilen vom Bahnhof u. der Zuckerfabrik Delphin belegen. Zur Gründstube ist dasselbe mit einer Fläche von 171,3980 Hektar, mit einem Reinertrag von 1225,92 Thlr. veranschlagt. Der Boden ist in alter Cultur, durchweg weizen-, klee- und rübenfähig, er besteht mit etwa 3/4 seiner Fläche aus Höhenland, mit etwa 1/4 aus vorzüglichem Niederungsbooden. Das tote und lebende Inventar, wie auch die Wohn- und Wirtschaftsgebäude sind gut und ausreichend bewohnt. Nähere Auskunft erhält (9819) M. Wyr. im Oktober 1891. Gorrens, Kreisstaator.

Die Guts-Verwaltung.

Die Guts